

ENERGIE-ENTLASTUNGSPAKET

Wider den Zufall

Die Rekordpreise bescheren vielen Stromerzeugern hohe Gewinne. Die Ampel will diese abschöpfen und für eine Strompreisentlastung nutzen. Wie das gelingen kann.

Während Unternehmen und Verbraucher seit Monaten unter den hohen **Energiepreisen** leiden, freuen sich die Betreiber vieler Kohlekraftwerke, Atommeiler, Windräder und Solarparks. Sie kassieren enorme Summen, weil der Strompreis sich am teuersten **Energieträger** orientiert. Weil durch die Gasknappheit der Strom aus Gaskraftwerken immer teurer wurde, stieg auch der Preis für Strom aus anderen Kraftwerken - ohne, dass für die auch die Kosten in gleichem Maße gestiegen wären. Die Ampelkoalition spricht deswegen von "Zufallsgewinnen".

In ihrem dritten Entlastungspaket hat die Regierungskoalition festgelegt, diese Gewinne zum Teil abzuschöpfen. "Die für die Soziale Marktwirtschaft wichtige Balance zwischen Chancen und Risiken stimmt hier nicht mehr", heißt es im Beschluss der Koalitionäre. Aus den Einnahmen der abgeschöpften Zufallsgewinne soll ein günstiger "Basistarif" für Privathaushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen finanziert werden.

Die Kraftwerksbetreiber und die **Erneuerbare-Energien**-Branchen reagieren skeptisch auf den Kurs der Koalitionäre. So heißt es etwa beim Kraftwerksbetreiber RWE, es sei zwar richtig, dass die Bundesregierung diejenigen entlasten wolle, die die hohen **Energiepreise** nicht allein tragen könnten. Kurzfristige Markteingriffe wie die Abschöpfung sogenannter Zufallsgewinnen müssten aber so gestaltet werden, "dass die Funktionsweise des Marktes und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen unter allen Umständen erhalten bleiben".

Die Maßnahmen müssten von vornherein zeitlich befristet werden. "Bei der konkreten Ausgestaltung darf auch nicht übersehen werden, dass ein großer Teil des Stroms langfristig im Voraus verkauft wurde. Rückwirkende Eingriffe in diese Verträge belasten das Vertrauen in verlässliche Rahmenbedingungen", hieß es bei RWE. Auch heute werde der überwiegende Teil des Stroms langfristig an Kunden und über die Börse verkauft. "Er unterliegt damit nicht den schwankenden Preisen des Tagesmarkts - das schafft Stabilität", warb RWE.

Felix Matthes vom Öko-Institut hält dieses Argument für schlüssig: Während sich bei den erneuerbaren **Energien** die Zufallsgewinne vergleichsweise leicht definieren ließen, sei dies bei Kohle- und Atomkraftwerken komplizierter: "Hier ist ein großer Teil des Stroms langfristig vermarktet. Die Preise, die sich am Spotmarkt bilden, sind daher nicht der geeignete Vergleichsmaßstab", sagte Matthes.

Den Markt nicht infrage stellen

Hier sieht auch Karen Pittel, Ökonomin am Ifo-Institut, Klärungsbedarf. Es sei schwierig, die Referenzgewinne festzulegen, die als Basis herangezogen werden sollen. Außerdem müsse ein Steuersatz gefunden werden, "der zum einen die Anreize von Unternehmen zu investieren nicht mindert und andererseits trotzdem substanzielle Staatseinnahmen generiert". Werde ein Festpreis für die Stromerzeugung aus allen **Energieträgern** außer Erdgas festgelegt, entspräche dies einem Steuersatz von 100 Prozent auf Gewinne aus darüber hinausgehenden Strompreisen. "Je nachdem, wie der Festpreis oder auch **energieträgerspezifische** Festpreise gesetzt werden, können Anreize entstehen, nicht die günstigsten **Energieträger** einzusetzen. Im schlechtesten Fall würde sogar mehr Erdgas in der Stromproduktion eingesetzt, wenn damit höhere Gewinne erzielbar wären", sagte Pittel.

Kritisch äußerte sich der Steinkohle-Verstromer Steag: Die Annahme der Koalition, dass sich die Produktionskosten für die meisten Stromproduzenten, die kein Gas einsetzen, nicht verändert hätten, sei zumindest im Fall der Steinkohlekraftwerke falsch. Allein der Preis "für Steinkohle hat sich gegenüber Anfang 2021 bis heute mehr als verfünffacht", hieß es bei dem Essener Unternehmen.

Der Bundesverband **ErneuerbareEnergie** (BEE) kritisierte, die Bundesregierung zeige mit dem Finger vor allem in Richtung der **Energieproduzenten**. "Ein Finger muss sie aber auch auf sich selbst richten, denn der Staat profitiert durch stark gestiegene Mehrwertsteuereinnahmen von den steigenden Preisen", hieß es beim BEE.

Auslöser für die hohen Gewinne der Stromerzeuger sind die hohen Gaspreise. Am Strommarkt werden zunächst die Anlagen nachgefragt, die zu den niedrigsten Kosten Strom erzeugen können. An letzter Stelle kommen für die letzte noch benötigte Megawattstunde Strom, die am Markt nachgefragt wird, Gaskraftwerke zum Einsatz. Wegen der hohen Gaspreise sind ihre Brennstoffkosten seit Monaten extrem hoch. Abgerechnet wird an der Börse aber zu dem Preis, der für das teuerste Kraftwerk, also das Gaskraftwerk, bezahlt wird. Das beschert den Betreibern der wesentlich günstiger produzierenden Anlagen

Traumrenditen.

Die Ampelkoalition will die Funktionsweise des Markts nicht infrage stellen. Sie will aber mit der Abschöpfung der Zufallsgewinne Einnahmen generieren, die zur Entlastung der Stromverbraucher dienen. Matthes vom Öko-Institut begrüßt die Herangehensweise: "Mit diesen Strompreisen hat niemand gerechnet. Es ist gerechtfertigt, an dieser Stelle Geld abzuschöpfen", sagte er. "Die Abschöpfung eines Teils der Zufallsgewinne stellt den einzig gangbaren Weg dar, Geld zu generieren, das man für eine Entlastung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern einsetzen kann", sagte er.

Matthes empfiehlt, den Stromverbrauchern 70 Prozent ihres bisherigen Strombedarfs zu einem gedeckelten Preis anzubieten. Er hat allerdings Zweifel, ob die Ampelkoalition die angestrebten Einnahmen aus der Abschöpfung der Zufallsgewinne tatsächlich generieren kann. Der von den Koalitionären ins Spiel gebrachte Betrag von zwölf Milliarden Euro sei hoch gegriffen. "Ich halte es schon für schwierig, überhaupt einen zweistelligen Milliardenwert zu erreichen. Aber das hängt maßgeblich von den einzelnen Detailregelungen ab", sagte Matthes.

Diese Details muss die Koalition noch entwickeln. Die Rahmenbedingungen und damit die Quantifizierungen würden "nun mit hohem Druck erarbeitet", hieß es am Montag aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Es seien verschiedene Optionen denkbar, die nun geprüft würden. Erste Punkte würden am 9. September mit den EU-Energieministern besprochen.

Tatsächlich agiert die Regierungskoalition mit ihren Plänen nicht im luftleeren Raum. Vielmehr orientiert sie sich an einem Thesenpapier der EU-Kommission zu Interventionen am Strommarkt. Die Brüsseler Behörde hatte vergangene Woche vorgeschlagen, die Erlöse von Kraftwerken zu begrenzen. Konkret sollten Solar- und Windkraft, aber auch Atommeiler und Kohlekraftwerke Gewinne abgeben, die darauf beruhten, dass sich der Preis am Strommarkt nach den extrem teuren Gaskraftwerken richtet. Stromerzeuger sollten "keine Einnahmen erzielen, die ihre Herstellungskosten signifikant überschreiten", so heißt es in dem Thesenpapier der Kommission.

Das abgeschöpfte Geld könnte dann im zweiten Schritt von den nationalen Regierungen genutzt werden, um die Bürger zu entlasten und ihnen finanzielle Anreize zum Energiesparen zu geben. Die EU-Energieminister wollen am Freitag in Brüssel zu einem Dringlichkeitstreffen zusammenkommen. Dass sie sich auf eine europaweite Erlösgrenze verständigen, ist unwahrscheinlich.

Spanien etwa hat Maßnahmen beschlossen, die nicht die Einkünfte von Energieerzeugern deckeln, sondern Gas- und Kohlekraftwerke bezuschussen, sodass diese die hohen Rohstoffpreise nicht direkt an die Konsumenten weiterreichen müssen. Die Kommission rät von solchen Varianten ab, da sie die falschen Anreize setzten. Das "iberische Modell" sei "ungeeignet".

Aus dem EU-Parlament kommen unterschiedliche Einschätzungen zum Kommissionskonzept. CSU-Finanzexperte Markus Ferber sieht in den Vorschlägen der Behörde eine "verkappte Übergewinnsteuer", die "sicher nicht der richtige Weg" sei. Der Grünen-Politiker Rasmus Andresen dagegen begrüßt es, dass die Kommission den Druck auf die Mitgliedstaaten mit einem eigenen Konzept erhöht. Er regt an, einen "Teil der Einnahmen für den Umbau unserer Wirtschaft hin zu erneuerbaren Energien zu verwenden", damit der Klimaschutz nicht außer Acht gerät.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

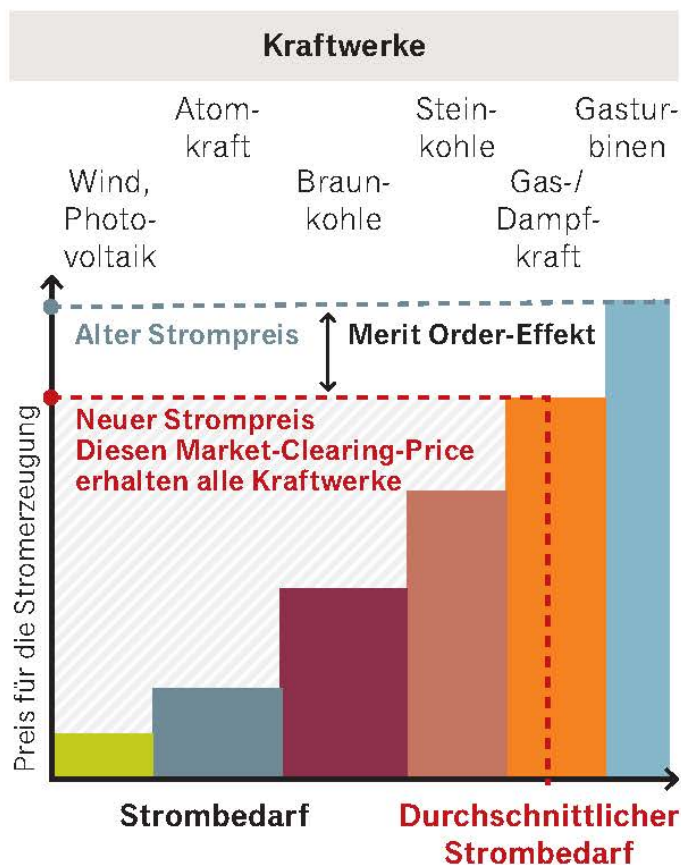
70 Prozent ihres bisherigen Strombedarfs sollten Verbraucher zu einem gedeckelten Preis erhalten, empfiehlt Felix Matthes vom Öko-Institut.

Einsatzreihenfolge der Kraftwerke

Merit-Order-Effekt beim Börsenstrompreis

Die Einsatzreihenfolge wird an der Strombörse durch den Preis bestimmt, den die einzelnen Kraftwerksbetreiber für ihre Stromerzeugung verlangen. Die Einsatzreihenfolge beginnt mit dem Kraftwerk mit dem niedrigsten Preis. Danach werden in aufsteigender Reihenfolge so viele Stromerzeugungsanlagen ausgewählt, bis der Strombedarf gedeckt ist.

Teure Anbieter mit Gasturbinenkraftwerken z.B. können so verdrängt werden. Den Strompreis bestimmt das letzte und teuerste Kraftwerk. Diesen sogenannten „Market-Clearing-Price“ erhalten alle Betreiber, die an der Strombereitstellung beteiligt sind. Diese preisorientierte Einsatzreihenfolge wird als „Merit-Order“ bezeichnet.



HANDELSBLATT

Quelle: Stadtwerke Flensburg

Handelsblatt Nr. 172 vom 06.09.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiebranche: *Merit Order-Effekt - Zusammenhang von Börsenstrompreis und Einsatzreihenfolge der Kraftwerke (MAR / Grafik)*

*Koch, Moritz
Stratmann, Klaus*

Quelle:	Handelsblatt print: Heft 172/2022 vom 06.09.2022, S. 4
Ressort:	Specials
Branche:	ENE-01 Alternative Energie ENE-16 Strom ENE-16-03 Stromversorgung P4910
Dokumentnummer:	929522B4-455A-4B72-8148-B28919A39340

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_929522B4-455A-4B72-8148-B28919A39340%7CHBPM_929522B4-455A-4B72-8148-B2

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH